

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 41
Januar 2022

Spaltpilz Gewerbesteuersenkung

Nach zwei Wochen gehen Marburger Linke und rot-grüne Koalition getrennte Wege

Für die Marburger Linke stand in der Sitzung des Stadtparlaments am 17. Dezember mehr auf der Tagesordnung als eine der üblichen jährlichen Haushaltsdebatten. Vierzehn Tage zuvor war ein Koalitionsvertrag der linken Mitte – Bündnis90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke und Klimaliste – unterschrieben worden. Er enthält vorwärtsweisende soziale und ökologische Projekte. Doch mitten in die positive Beurteilung platzte die Nachricht: Die Gewerbesteuer, hauptsächlich für die großen Unternehmen in Marburg, soll gesenkt werden. Da rieb man sich die Augen: Wie bitte? Wir stehen vor immensen Herausforderungen und die profitabelsten Unternehmen sollen Steuern erlassen bekommen? Sollten die Reichen noch reicher werden?

Für die Marburger Linke lautete die Antwort schnell und klar: Wir werden gegen eine Senkung der Gewerbesteuer stimmen.

Aber jetzt fingen die kniffligen Fragen erst an. Denn es stand auch ein Haushalt für das kommende Jahr 2022 zur Abstimmung, den die Koalition gemeinsam erarbeitet hatte. Mehr Gelder als jemals zuvor gehen an Einrichtungen für die freiwilligen sozialen und kulturellen Leistungen – für die CDU/FDP ein Dorn im Auge. Riesiges Investitionsprogramm, Schulen sollen erneuert, Radwege gebaut, die städtische Wohnungsgesellschaft gestärkt werden und Vieles mehr. Daneben sind auch Herzensprojekte der Marburger Linken wie der Nulltarif in Bussen für Stadtpassinhaber*innen, kostenloser Nahverkehr an Wochenenden für alle oder ein Spielplatz für den kinderreichen Stadtteil Richtsberg enthalten. Wie könnte man



▲ Biontech hat 2021 CSL Behring den Rang als größter Gewerbesteuerzahler Marburgs abgelassen. Die Aktionär*innen der Nachfolgefirmen der Behringwerke (Firmenschilder vor Werkseingang in Marbach) können sich freuen, dass künftig mehr von den Milliardengewinnen für sie übrig bleibt, weil Marburg die Gewerbesteuer gesenkt hat.

einem solchen Haushalt nicht die Stimme geben? Hinkefuß: Man bekommt ihn nur im gesamten Paket – letztendlich nur mit der gesenkten Gewerbesteuer.

Da der Haushalt die Grundlage für jede Koalition bildet, war die Frage, ob man ihm zustimmt, sich enthält oder dagegen stimmt, auch eine über ihr Weiterbestehen. Die Fraktion war sich darin nicht einig, denn für jede Variante gab es Argumente.

Ein Kompromissvorschlag, bei dem die Koalition fortbestanden hätte, sah vor: Die Marburger Linke

stimmt gegen die Senkung der Gewerbesteuer und enthält sich beim gesamten Haushaltspaket. Das wäre für alle in der Koalition tragbar gewesen. Dazu konnte sich die Marburger Linke aber nicht geschlossen durchringen. Mit vier Enthaltungen und drei Stimmen gegen den Haushalt war klar, dass auch die Koalition, die vielversprechend begonnen hatte, schon wieder zu Ende war, zumindest für die Marburger Linke. Eine Chance wurde vertan, denn die fortschrittlichen Möglichkeiten waren noch nicht ausgetestet.

Renate Bastian

Ampel: mehr Gelb als Rot

„Mehr Fortschritt wagen“ will die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Antworten auf zentrale Probleme in Gegenwart und Zukunft finden sich im Koalitionsvertrag aber kaum.

Das menschenunwürdige Hartz-IV-System wird schlicht in Bürgergeld umbenannt. Das Sanktionsregime bleibt. Anstatt Menschen eine echte Perspektive zu bieten, verlegt sich die Regierung auf Etikettenschwindel.

Fortsetzung S. 3

Kommentar

R2G2 gestoppt

2021 stand die Marburger Linke vor ihrer größten Herausforderung. Seit 28 Jahren aktiv in der Kommunalpolitik, hat sie sich einen Platz in der Gesellschaft erkämpft. Ob in der Bau- oder der Verkehrspolitik, stets setzte sie soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit auf die Tagesordnung.

Damit stiegen die Erwartungen an die Umsetzbarkeit ihrer Forderungen. Nach der Wahl im März stellte sich auch für die Marburger Linke die Frage der „Regierungsbeteiligung“. Weder sie, noch Grüne, SPD und Klimaliste waren darauf vorbereitet. Manche Stadtverordneten besannen sich erst darauf, die Marburger Linke in die Koalition aufzunehmen, nachdem viele Initiativen sich dafür stark gemacht hatten.

Die Koalition stand unter einem guten Stern, da von den Impfstoff-Profiten Biontechs hunderte Millionen in die Marburger Kassen fließen würden. Doch man hatte die Rechnung ohne das Kapital gemacht. Biontech ließ die Standorte Mainz, Idar-Oberstein und Marburg sich gegenseitig mit Gewerbesteuerenkungen unterbieten.

Die Marburger Linke stimmte dagegen, zumal der Steuersatz bereits niedrig war. Da aber ein Teil der Fraktion auch den Haushalt 2022 ablehnte, war der Ausstieg der Marburger Linken aus der Koalition besiegelt.

Ob das klug war, wird die Zukunft zeigen. Aus der Opposition heraus wird der Kampf, die verbleibenden Millionen für mehr sozial-ökologische Gerechtigkeit einzusetzen, ungleich schwieriger werden. Paroli-Redaktion

Steuersenkung für Milliardäre

Niedrigerer Hebesatz ist keine Hilfe für kleine Betriebe und Selbständige

Gut für Marburg, schlecht für die Welt. Biontech, das Mainzer Unternehmen mit der Adresse „An der Goldgrube 12“ und einer Tochterfirma in Marburg, wird 2021 vor allem durch den Verkauf ihres Corona-Impfstoffs ca. 10 Mrd. Euro Gewinn gemacht haben. Dadurch explodieren die Gewerbesteuererinnahmen auch in Marburg, von 110 auf 480 Mio. Euro 2021 und sollten 2022 um weitere 200 Mio. Euro steigen.

Termine

► 50 Jahre Berufsverbote

Ausstellung (1.-28. Feb.) und Veranstaltungen (jeweils 18.00 Uhr) von DGB und GEW im Hörsaalgebäude, Biegenstr.14
1.2.: **Eröffnung** mit Renate Bastian und Pit Metz

8.2.: **Lesung**, Umgang von GEW und DGB mit den Berufsverboten
17.2.: **Vortrag** „Staatliche Feindproduktion“ mit Georg Fülberth

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9, 35037 Marburg

► **Kreis-Mitgliederversammlung** der LINKEN, jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Ort: in Bürgerhäusern

► **Marburger Linke** erweitert Fraktion, montags, 19.30 Uhr

► **Kreis AG**, dienstags, 18.30 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeberin dieser Ausgabe:
DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf,
Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver,
Alex Cramer

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 15.1.2022

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Die selbst in der Pharmabranche seltene Umsatzrendite wurde durch die Grundlagenforschung an öffentlichen Universitäten und durch Zuschüsse und Kredite der öffentlichen Hand ermöglicht. Angesichts der Knappheit an Covid-19-Impfstoffen konnte Biontech gegenüber der EU einen Verkaufspreis durchsetzen, der die Kosten um ein Mehrfaches übertrifft.

Versuche der Welthandelsorganisation (WTO), die Patente der Impfstoffe befristet freizugeben, damit auch die ärmeren Staaten zu akzeptablen Preisen ihre Bevölkerung impfen lassen können, sind nicht nur am Widerstand von Biontech sondern auch an dem der Bundesregierung gescheitert. Spenden von überzähligen Impfdosen an Entwicklungsländer werden durch Zahlungsforderungen der Hersteller erschwert.

Dass durch die Gewerbesteuer wenigstens ein kleiner Teil dieser Gewinne einem vernünftigen Zweck zugeführt werden kann, ist ein schwacher Trost. Aber schon 2022 wird sich dieser Teil verringern, denn ebenso wie Mainz hat Marburg den Hebesatz der Gewerbesteuer gesenkt, von 400 auf 357 Punkte. Biontech gelingt es, seine Standorte gegeneinander auszuspielen.

Dass es bei der Steuersenkung um eine Unterstützung „insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie – gerade angesichts der Corona-Pandemie“, gegangen sei, wie es die Grünen-Fraktionsvorsitzende Marion Messik meinte, ist nicht glaubhaft. Da muss man sich fragen, wieso das Thema nicht schon bei den Koalitionsverhandlungen auf die Tagesordnung kam. Es war bekannt, dass die Marburger Linke allergisch reagieren würde, da Marburg bereits bei 400 Punkten deutlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte lag.

Durch die Hebesatzsenkung verschenkt Marburg 2022 etwa 35 Mio. Euro, davon 22 Mio. an Biontech, 11 Mio. an die vier nächstgrößten

und 2 Mio. an die restlichen 1.000 Gewerbesteuerzahler*innen.

Die meisten Firmen gehen leer aus. Die Besitzer*innen der Eigenbetriebe und Personengesellschaften profitieren nicht von einem niedrigeren Hebesatz, da sie dann entsprechend mehr Einkommensteuer zahlen müssen.

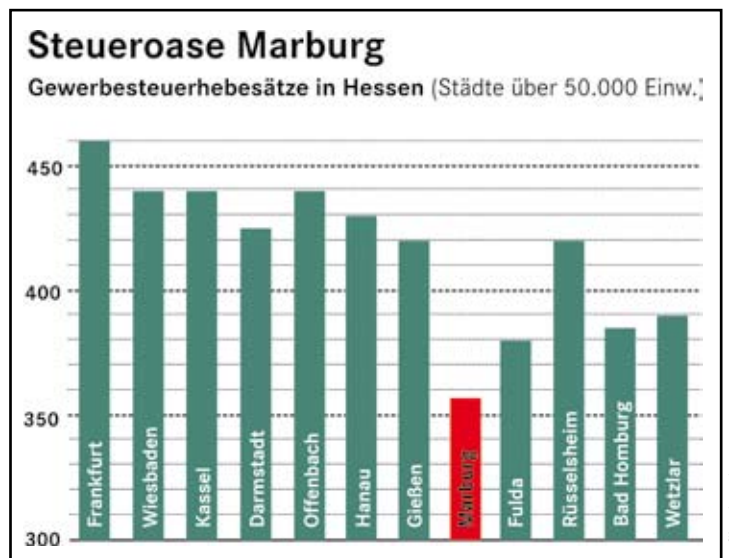
5.000 Gewerbe haben sowieso nichts von der Steuersenkung, denn ihr Ertrag ist so gering, dass sie keine Gewerbesteuer zahlen. Darunter sind viele Selbständige und Soloselbständige, die am stärksten unter der Krise gelitten haben.

Würde es tatsächlich um Wirt-

schaftsförderung gehen, wäre der Anstieg der Einnahmen kein Grund, den Hebesatz zu senken – im Gegenteil. Denn mit den zusätzlichen Geld könnten die Betriebe unterstützt werden, die es nötig haben.

Dazu zählen sicher nicht die Brüder Strüngmann, die Inhaber von knapp der Hälfte der Biontech-Aktien, die zu den 150 reichsten Menschen der Welt gehören. Auch nicht die Aktionär*innen von vier weiteren Firmen, die vor Biontech für das Gros der Marburger Gewerbesteuer aufkamen – die Pharmamultis CSL, GSK und Siemens sowie die DVAG der Pohl-Milliardäre.

Die rot-grüne Koalition legt also ohne die Marburger Linke einen Fehlstart hin, indem sie diejenigen unterstützt, die es am wenigsten nötig haben. *Nico Biver*



▲ Mit 357 Punkten ist der Gewerbesteuerhebesatz in Marburg mit Abstand der niedrigste aller vergleichbaren Städte in Hessen.

Herausforderung Ganztagschule

In der letzten Sitzung des Stadtparlaments thematisierte die Marburger Linke, inwieweit laufende Bauprojekte an Marburger Schulen sich bereits räumlich an einer ganzheitlichen und am Kind orientierten Ganztagschulpädagogik ausrichten.

Die Stadträtin erklärte, die Planungen von Neubauvorhaben basierten auf aktuellen pädagogisch-räumlichen Konzepten wie beispielsweise dem Lernhauskonzept, wo zeitgemäße Unterrichtsformen und eine integrierte Ganztagsbetreuung umgesetzt werden sollten. Auch bei Sanierungen der Innen-

räume und Erweiterungen vorhandener Schulgebäude stünden diese pädagogisch-räumlichen Konzepte im Blickpunkt. Die Erich-Kästner-Schule in Cappel, die Otto-Ubbelohde-Schule, die Astrid-Lindgren-Schule und die Richtsberg-Gesamtschule gingen so vor.

Für die Marburger Linke bleibt die Frage offen, inwiefern der Magistrat selbst aktiv wird und diesen zukunftsweisenden Prozess koordiniert und leitet. Sämtliche Entscheidungen allein den Schulleitungen zu überlassen, würde der Aufgabe nicht gerecht werden.

Renate Bastian

LINKE fast k.o.

Die Halbierung der Stimmen bei der Bundestagswahl ist auch selbst verursacht

Das haben wir nicht verdient“ sagten sich viele beim Wahlabend der LINKEN. „Nur 4,9 Prozent der Stimmen, obwohl wir uns für bezahlbare Mieten, eine Aufwertung der Pflege, für 13 Euro Mindestlohn und eine konsequente Klimapolitik engagiert haben.“

Noch bei den hessischen Kommunalwahlen im März hatte DIE LINKE die guten Stimmenzahlen von 2016 halten können. Ab dann ging es bergab. Durch den unerwarteten Aufstieg der SPD auf Platz 1 in den Umfragen wurden die Karten neu gemischt. Vielen Wähler*innen der LINKEN schien es klüger, der SPD zur Kanzlerschaft zu verhelfen als die linke Opposition zu stärken. Denn obwohl Rot-Rot-Grün in einigen Umfragen zur beliebtesten Koalitionsvariante avancierte, war es unwahrscheinlich, dass es zu einer solchen Regierung kommen würde. Die meisten LINKEN-Wähler*innen befürworteten in Umfragen eine Regierungsbeteiligung in der Hoffnung, dass ihre Interessen besser zur Geltung kommen. Aber DIE LINKE war sich nicht einig, unter welchen Bedingungen sie sich beteiligen sollte.

Geholfen hat der SPD ihr Werben für einen Mindestlohn von 12 Euro sowie Einigkeit nach außen. Derweil gab DIE LINKE ein Bild der Zer-

strittenheit ab, vor allem nachdem ein Buch der früheren Fraktionsvorsitzenden und NRW-Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht hinterfragte, ob die Partei die Interessen der „normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ genügend im Blick habe.

Auch die gestiegene Bedeutung der Klimakrise hat Stimmen gekostet, weil man der LINKEN, trotz eines auch von Umweltverbänden gut benoteten Programms, beim Thema wenig zutraute.

Ein Eigentor schoss DIE LINKE schließlich zum Scheitern des NATO-Einsatzes in Afghanistan, gegen den sie zwanzig Jahre lang gekämpft hatte. Statt an erster Stelle den anderen Parteien ihr Versagen vorzuhalten, forderte sie, alle afghanischen Flüchtlinge aufzunehmen, stimmte aber einer befristeten Entsendung einer Bundeswehrinheit zu diesem Zweck nicht zu. Angesichts der Fernsichtbilder aus Kabul konnten das viele ihrer Wähler*innen nicht nachvollziehen.

Nico Biver



Fortsetzung von S. 1

Ampel: mehr Gelb als Rot

Auch ein zukunftsfähiges Rentenkonzept oder eine Stärkung des ausgezehrt Gesundheitswesens sucht man vergeblich. Stattdessen lassen sich SPD und Grüne auf das Herzensprojekt der Marktradikalen ein und ermöglichen das Zocken mit Renteneinlagen an der Börse. Die vielzitierten Beispiele Kanada und Norwegen zeigen zudem, dass vielfach in zukunftslose fossile Energien investiert wird, die die Klimakatastrophe befeuern.

Der völlige Verzicht auf Steuererhöhungen für Vermögende und die Beibehaltung der Regelungen

zu Leiharbeit und zur sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen bewirken, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht. Lediglich die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde wäre ein echter Fortschritt, wenn er denn für alle Beschäftigten bald durchgesetzt würde.

Gesellschaftspolitisch zeigt die Ampel, dass 16 bleierne Jahre der Unions-Regierung überwunden werden sollen. Überfällige Verbesserungen wie die Abschaffung des diskriminierenden „Transsexuellengesetzes“ und des Informationsverbotes über Abtreibungen hat auch DIE LINKE seit Jahren gefordert.

Friedenspolitisch ist der Koalitionsvertrag dagegen der Offenbarungseid: Die Weigerung von Teilen der SPD, bewaffnete Kampfdrohnen für die Bundeswehr anzuschaffen ist dahin, der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag bleibt frommer Wunsch, und deutsche Waffen können weiterhin in alle Welt exportiert werden. Die vor langer Zeit einmal pazifistischen Parteien von SPD und Grünen schreiben die militaristische „Erfolgsgeschichte“ ihrer ersten Regierungskoalitionen fort.

DIE LINKE wird die Fehler der Regierung konsequent benennen und eine echte sozialökologische Wende einfordern. Alexander Cramer



▲ Am 15. Januar wählte DIE LINKE auf ihrem Kreisparteitag in Marbach einen neuen Kreisvorstand: Maximilian Peter (Vorsitzender, Extra-Bild), Alexander Kubon, Stefanie Wittich, Theresa Halder, Peter Lob, Hannah Freudenstein, Christian Frenzel, Kim Schmidt, Philip Kaufmann und Philipp Henning (vlnr.).

Foto: Till Conrad

Wiesbadener Zwischenruf

Hanau: Aufklärung und Konsequenzen!

„Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen“! Das sind die Forderungen der Angehörigen der Opfer und der Überlebenden des rassistischen Terroranschlags vom 19. Februar 2020 und einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Vor mittlerweile fast zwei Jahren wurden neun Menschen aus rassistischen Motiven in Hanau ermordet. Zudem tötete der Attentäter seine Mutter und sich selbst. Bis heute sind viele Fragen offen.

Endlich tagt nun seit dem 3. Dezember ein öffentlicher Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags, der Licht in das Dunkel der noch sehr zahlreichen offenen Fragen-Komplexe bringen soll. Ohne den politischen Druck der Initiative 19. Februar Hanau wäre es wohl kaum zu dem Untersuchungsausschuss gekommen. Diese hat sich vehement gegen einen „Schlussstrich“ gewehrt und bereits beeindruckende Aufklärungsarbeit geleistet.

Zunächst hatten sich CDU und Grüne sogar dagegen gewehrt, dass zwölf Vertreter*innen der Angehörigen als Erste im Ausschuss angehört werden. Auch mit Hilfe der Linksfraktion, die durch Saadet Sönmez als Obfrau vertreten ist, konnte durchgesetzt werden, dass ihre umfangreichen Erkenntnisse und Fragen den Auftakt machen.

Die Aufklärung im Ausschuss wird sich bis ins Jahr 2023 erstrecken. Er ist ein Ort, um konkrete politische Konsequenzen einzufordern. Gleichzeitig unterstützen wir das breite außerparlamentarische, antirassistische Engagement für tatsächliche politische Konsequenzen. Denn Hanau war kein Einzelfall!

Jan Schalauske

Bewegung an der Uni

SDS übernimmt Verantwortung in StuPa, AStA und Senat

Massive Einsparungen und drei Online-Semester haben die Lage der Studierenden in letzter Zeit erheblich verschlechtert.

Positive Entwicklungen sind eher selten: Bei den letzten Hochschulwahlen im Juni 2021 gewann der Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband (SDS) 17,6 Prozent der Stimmen und acht von 41 Sitzen im Studierendenparlament. Im Senat gewann der LINKEN-nahe Verband sogar zwei von drei für Studierende reservierte Sitze. Damit ist der SDS drittstärkste Kraft im Parlament. CampusGrün, der den Grünen nahestehende Verband, gewann zwar 15 Sitze, hatte aber nur fünf Kandidat*innen auf der Liste. Die Juso-Hochschulgruppe trat nicht mehr an.

Das hat Auswirkungen auf die Gremienbesetzung. Mitglieder des SDS sitzen nun in zentralen Referaten des AStA, dem Parlamentsvorstand oder Senatskommissionen wie jener für „Forschung und Ver-

antwortung“, die militärische Forschungsprojekte an der Uni unterbinden soll. Mehr als ein Jahr war der AStA nur bedingt besetzt – nun kehrt er mit großer Schlagkraft wieder zurück. Diese vielfältigen Aufgaben binden viele Kräfte, führen aber auch zu neuem politischen Handlungsspielraum und Wachstum der SDS-Gruppe.

Um nicht in Verwaltung und institutionalisierter Arbeit unterzugehen, verbindet der SDS außerdem die Kämpfe an der Uni mit außeruniversitären. Die Lage vieler Student*innen ist nach zwei Jahren Corona noch prekärer. Wohnungsnot, Wuchermieten und Isolation belasten alle.

An der Uni leidet die Qualität der Lehre immer stärker unter den kapitalistischen Sparzwängen. So stehen im nächsten Jahr etwa fünf Mio. Euro weniger zur Verfügung. Von einer Volluniversität steht nur noch das Gerüst. Fächer, die nicht verwertbar sind, also der Wirtschaft nicht rentabel erscheinen, werden

massiv ausgedünnt. Wie soll sich Wissenschaft so mit Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen auseinandersetzen?

Um das Bewusstsein für diese Missstände in Studi- und Stadtgesellschaft zu stärken, engagiert sich der SDS auf allen Ebenen – in den Gremien, in Bündnissen und auf der Straße. *SDS Marburg*

Wechsel in Wiesbaden

Jan Schalauske und Elisabeth Kula bilden die neue Doppelspitze der Fraktion der LINKEN im Hessischen Landtag. Beide wurden im November einstimmig als Nachfolger*innen der bisherigen Fraktionsvorsitzenden Janine Wissler gewählt. Der Marburger Schalauske war bisher ihr Stellvertreter. Die Wiesbadenerin Kula wurde 2018, als sie als Jugendverbandskandidatin aus Marburg antrat, erstmals in den Landtag gewählt.

Die aktuelle Bundesvorsitzende der LINKEN Wissler hat die Geschichte der hessischen Partei über Jahre geprägt und hatte einen wichtigen Anteil daran, dass DIE

LINKE mehrmals den Wiedereinzug in den Landtag schaffte. Als lautstarke Opposition gegen die Rodung des Dannenröder Forstes, die Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg und die Vertuschungsversuche der Landesregierung bei rechtem Terror ist DIE LINKE bei Bürger*innen und Bündnissen anerkannt. Mit Schalauske und Kula an der Spitze geht die Fraktion gut aufgestellt ins Vorwahljahr 2022 und kann optimistisch auf die Landtagswahl blicken.

Alexander Cramer



▲ Die Fraktionsspitze der LINKEN im Hessischen Landtag mit den neuen Vorsitzenden Jan Schalauske und Lise Kula bei der Verabschiedung der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und jetzigen Parteichefin Janine Wissler (vlnr.).